

Pressemappe: Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (StMLF)

21.09.2022 | 16:15:00 | ID: 34137 | Ressort: [Landwirtschaft](#) | [Agrarpolitik](#)

[Kloster Banz, Lkr. Lichtenfels](#) (agrar-PR) - *Agrarministerin Michaela Kaniber fordert vom Bund weitere Entlastung für Landwirtschaft und Gartenbau*

Zur Absage der Bundesregierung an eine Berücksichtigung der Landwirtschaft im Kostendämpfungsprogramm zeigt sich Bayerns Agrarministerin Michaela Kaniber entsetzt:
„Die Bundesregierung zeigt der Landwirtschaft wieder mal die kalte Schulter. Wenn sie Landwirtschaft und Gartenbau nicht in das Energiekostendämpfungsprogramm aufnimmt, begeht sie einen fatalen Fehler. Die Bundesregierung handelt extrem kurzsichtig und sorgt bei den Betrieben in Bayern für Bestürzung.“

„Wurden in der Pandemie die Landwirte noch als systemrelevant eingestuft, so lässt die Ampelregierung in Berlin sie jetzt bei der Bewältigung der Energiekrise allein. Das Wort des Bundeskanzlers ‚You’ll never walk alone‘ gilt wohl für viele, aber nicht für unsere Landwirte und Gartenbaubetriebe. Hier zeigt die Bundesregierung ihr wahres Gesicht gegenüber einer ganzen Branche. Dabei ernährt ein einziger Landwirt bei uns 137 Menschen. Aber die Produktionskosten sind für die gesamte Landwirtschaft enorm angestiegen.“

Vor allem der energieintensive Unterglas-Gartenbau steht wegen der explodierenden Energie- und Rohstoffpreise wirtschaftlich enorm unter Druck. Gerade die kleinen und mittleren gärtnerischen Unternehmen stehen an der Grenze ihrer Belastbarkeit. „In der Corona-Krise waren sie noch Partner in der regionalen Versorgung und nun riskiert die Bundesregierung Betriebsaufgaben und den Verlust der regionalen Selbstversorgung. Das macht mich einfach sprachlos. Mit dieser Politik wird Deutschland auch bei Lebensmitteln von Importen abhängig und landet am Ende genau da, wo wir im Energiebereich gerade leidvolle Erfahrungen machen“, so die Bayerische Ernährungsministerin.

Schon bei der Beurteilung einer möglichen Gasmangellage habe der Bund völlig falsche Schlüsse gezogen. Dass der Gartenbausektor nur gering betroffen sei, die Bevölkerung mit Obst- und Gemüse ja auch aus dem benachbarten Ausland versorgt werden könne, seien unverständliche Annahmen. „Offensichtlich sieht die Ampelkoalition die Zukunft der deutschen Nahrungsmittelversorgung in einer wachsenden Abhängigkeit von ausländischen Erzeugern, in weiten Lieferwegen und dem Import von Nahrungsmitteln. Sie setzt damit langjährig gewachsene Strukturen leichtfertig aufs Spiel. Unsere hoch engagierten Familienbetriebe – auch die Öko-Erzeuger – und die gerade von den Grünen geforderten regionalen Versorgungsketten sind plötzlich nichts mehr wert“, sagte Kaniber.

Und weiter: „Uns muss aber klar sein: Wenn die Gartenbau-Betriebe Ihre Gewächshäuser schließen müssen, dann machen Sie nie mehr auf! Denn wenn Gewächshäuser im nächsten Winter nicht geheizt werden können, dann drohen Schäden an den Konstruktionen und der Zusammenbruch der gesamten Anbauflächen.“ Und davon betroffen wären nicht nur die wärmebedürftigen Kulturen im Gewächshaus, sondern auch der Freilandanbau. Denn auch der Salat, der im Frühjahr auf den Feldern wächst, wird vorher in einem Gewächshaus vorgezogen.
„Die Ampel muss deshalb ihren Kurs dringend ändern. Sie muss schleunigst bei weiteren Entlastungspaketen auch die Belange der Erzeuger unserer regionalen Lebensmittel berücksichtigen“, so die Agrarministerin abschließend.

Pressekontakt

Herr Franz Stangl

Telefon: 089 / 2182-2215 E-Mail: presse@stmelf.bayern.de



Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (StMLF)

Ludwigstraße 2 80539 München Deutschland

Telefon: +49 089 2182-0 Fax: +49 089 2182-2677

E-Mail: poststelle@stmelf.bayern.de Web: www.stmelf.bayern.de >>> [Pressefach](#)